



Bürgerliste Wiesbaden

Fraktion Bürgerliste Wiesbaden – Rathaus – 65183 Wiesbaden

Rathausfraktion
Schloßplatz 6
Rathaus - 3.Stock / Zi. 308
65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 - 31 31 60 / 59
Fax: 0611 - 31 69 26

www.BLW-Fraktion.de

E-Mail:
BLW-Fraktion@Wiesbaden.de

Bankverbindung:
Nassauische Sparkasse Wiesbaden
Kto. 110 241 700
BLZ 510 500 15

Fraktionsvorsitzender:
Dr. Michael von Poser
Geschäftsführer: K.H. Maiert

Wiesbaden, 29.05.2007

Pressemitteilung :

Integrationsvertrag

Die Jamaika-Koalition will offenbar noch im Juni den Integrationsvertrag verabschieden. Kritik an dem Vorhaben und der Vorgehensweise wird ignoriert oder abgewehrt. Wir halten das Vertragswerk, soweit wir es aus der Presse kennen – der Entwurf, über den verhandelt wird, wurde uns bisher vorenthalten – für bedenklich, da er nach unserer Meinung geeignet ist eine Tendenz zur Parallelgesellschaft zu verstärken, also das Gegenteil von Integration.

Eine kontroverse Debatte ist offenbar nicht erwünscht.

Worüber wird verhandelt?

Im Jahr 2004 hat das Parlament beschlossen, daß ein solcher Vertrag formuliert wird. Seit 2005 wurde über einen Entwurf verhandelt. Die Muslime forderten Änderungen und Streichungen, hieß es. Anfang 2007 gab es eine kleine Krise, weil die CDU nicht mehr mittun wollte; nachdem die Jamaika-Koalition kurz mit sich gerungen hatte, wurde die Krise beigelegt. In einer Pressemitteilung des Kreisverbandes der CDU vom 03.04.2007 hieß es: „Wir haben uns auf eine Jamaika-Fassung der Integrationsvereinbarung geeinigt. Auf der Grundlage dieses Textes führt Dezernent Peter Grella nun erneut Gespräche.“

Die BLW-Fraktion hat im Dezernat Grella nachgefragt, ob das stimme. Antwort, nein, die Äußerungen der CDU seien Parteipolitik, es werde weiterhin über den Entwurf von 2005 verhandelt. Eine entsprechende Frage von uns in der Stadtverordnetenversammlung wurde nicht beantwortet.

Offenbar sagt die Jamaika-Koalition dem Dezernenten Grella,
worüber er zu verhandeln hat

Die Muslime, mit denen man redet kennen den Text, die Jamaikaner kennen den Text, wir als Stadtverordnete kennen ihn nicht. Das ist eine in keiner Weise vertretbare Geheimhaltungspolitik zugunsten einer speziellen Auswahl von Parteien.

Wir fügen noch hinzu, daß Herr Said Nasri im August 2006, um die Verwirrung vollständig zu machen, gegenüber der Presse erklärt hat, daß die muslimischen Gemeinden dabei seien, einen Vertragstext zu entwerfen.

Mit wem wird verhandelt?

In einer Pressemitteilung des Kreisverbandes der CDU vom 30.03.2007 lesen wir: „Wir bauen hier auf die Mitarbeit von AIGW und DITIB“. Über die DITIB kann man sich im Internet informieren. AIGW bedeutet Arbeitskreis islamischer Gemeinden Wiesbadens. Die Stadt hat uns dazu eine Liste von 8 Gemeinden vorgelegt, als Sprecher fungiert Herr Said Nasri. Ist er in dieses Amt gewählt worden oder hat er sich selbst bestimmt? Noch viel wichtiger aber ist die Frage: Wen vertreten diese Gemeinden, die eigentlich Vereine sind, und wie halten sie es mit unserer Verfassung?

Zu den 8 Gruppierungen gehören die Tauhid-Gemeinde und Milli Görüs, die andern 6 sind uns nicht bekannt, hier fehlt es einfach an Informationen, wofür sie stehen. Die Internetseite der Tauhid-Gemeinde haben wir einst gesichert: sie enthält Propaganda, gegen den Westen, die Demokratie, die Gleichberechtigung, das Christentum.

Die verfassungsfeindlichen Tendenzen von Milli Görüs sind gerade wieder im neuen hessischen Verfassungsschutzbericht bestätigt worden. Sie verfolge die Absicht, eine islamische Gegenwelt zu etablieren, in der die Scharia das Maß aller Dinge sei, heißt es dort.

Frau Köhler, Bundestagsabgeordnete der CDU, hat im Januar 2007 scharfe Kritik an der AIGW geübt: die AIGW sei nicht bereit, sich von religiös oder politisch motivierter Gewalt, von Terror und islamistischer Unterdrückung zu distanzieren, sie fordere von der Stadt nichts anderes als die Förderung des Kopftuches und die Manifestierung der islamistisch begründeten Ungleichheit von Mann und Frau.

Auf eben diese Organisation baut der Kreisverband der CDU
beim Integrationsverband.

Man kann doch nicht im Ernst glauben, daß sich die innere Einstellung dieser Gruppen zu unserer Werteordnung durch Lipperbekenntnisse zu einer Integrationsvereinbarung ändert, von der sie sich eine Stärkung ihrer Position erhoffen.

Rechtliche Bedenken

Soweit wir den Vertragsentwurf durch Pressemitteilungen kennen, soll er ein Bekenntnis zu Grundsätzen unserer Verfassung enthalten, Integrationsleistungen von den Muslimen einfordern und die Stadt zur Unterstützung der muslimischen Vereine verpflichten. Sanktionen enthält er nicht, also können sich die muslimischen Organisationen daran halten oder nicht daran halten. Die Selbstverpflichtung der Stadt wird auf jeden Fall eingehalten.

Wir haben ein juristisches Gutachten dazu eingeholt, welches besagt, daß dem Vertrag keinerlei Rechtsverbindlichkeit zukommt. Schon die Einschwörung auf Verfassungsgrundsätze, die ohnehin eingehalten werden müssen, erscheint uns abwegig.

Wir teilen die Bedenken des früheren Bundesrichters Professor Jentsch, der in einem Zeitungsgespräch geäußert hat, daß die Stadt ihre Zuständigkeit verkenne, wenn sie sie den Vertragspartner ein Bekenntnis zur Verfassung abverlange. Ein solches Bekenntnis sei vollständig irrelevant.

Möglicher Effekt des Integrationsvertrages

Der Integrationsvertrag wird also im besten Fall eine Absichtserklärung von Gutwilligen. Sind aber die muslimischen Gruppierungen gutwillig, d.h. sind sie wirklich zur Übernahme unserer Werte und zur Integration bereit?

Daran kann man füglich Zweifel haben, siehe z.B. die Einschätzung von Milli Görüs durch den Verfassungsschutz.

Offenbar verpflichtet sich die Stadt zur Förderung des Moscheebaus.

Gerade die Moschee kann aber nach Einschätzung von Kennern das Zentrum einer Gegenwelt zur westlichen sein. Dazu führt die Autorin Necla Kelek in einem Zeitungsartikel vom 30.04.2007 aus: „So wie in vielen Moscheen in Deutschland der Islam praktiziert wird, haben sie sich zum Hindernis für die Integration gemacht und zu Keimzellen einer Gegengesellschaft entwickelt.“ Die Moschee sei nicht nur ein Ort des Gebets, sondern vor allem ein Dienstleistungszentrum, dort finde der Moslem, der nichts mit der deutschen Gesellschaft zu tun haben wolle, rund um die Uhr alles, was er brauche.

Gebetszentrum am Gräselberg

Die Jamaika-Koalition setzt sich über alle Bedenken dieser Art hinweg, wir halten das für eine gefährliche Politik. Die Wiesbadener haben einen sorgsameren Umgang mit dieser Problematik verdient.

Wir halten es für unbegreiflich, wie man einen verfassungsfeindlichen Verein wie Milli Görüs in der Sache Gebetszentrum gegen protestierende Bürger unterstützt.

Das Gericht hat inzwischen lt. Pressebericht die Nutzung des Supermarkts am Gräselberg als Gebetszentrum untersagt. Milli Görüs ignoriert diesen Gerichtsbeschuß hinweg, indem die Mitglieder und Freunde zu einem Treffen (am 30. Mai) in das „Gemeindezentrum“ eingeladen werden.

In dem Schreiben von Milli Görüs werden die Namen von Anwohner genannt, die sich gegen das Gebetszentrum gewehrt haben, und zu „massiver, überzeugender Solidarität“ gegen diese Widersacher aufgerufen.

Als solidarische Unterstützer werden auch offizielle Vertreter der Verwaltung erwartet. Das wäre ein starkes Stück: Vertreter der Stadt folgen der Einladung einer verfassungsfeindlichen Organisation zu einer Veranstaltung, die aufgrund eines Gerichtsurteils nicht stattfinden dürfte. Hier zeigt sich, wie verkehrt der weg ist, den die Wiesbadener Politik in Sachen Integration eingeschlagen hat.

Dr. Michael von Poser